

Antrag

**der Abgeordneten Barbara Ahrons, Olaf Ohlsen, Dietrich Rusche,
Michael Fuchs, Dr. Natalie Hochheim, Dittmar Lemke (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hafenöffnungszeiten erweitern – 24 Stunden an 7 Tagen der Woche

Der Hamburger Hafen wächst rasant. Die aktuelle Umschlagprognose des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik in Bremen aus dem November 2004 geht von einer Verdoppelung des Umschlagsvolumens für den Hamburger Hafen bis zum Jahre 2015 auf ca. 222 Mio. t Gesamtumschlag aus. Im gleichen Zeitraum wird demnach der Containerumschlag von heute 7 Mio. TEU auf 18 Mio. TEU im Jahre 2015 ansteigen.

Obwohl die Kapazitäten des Hafens in der Vergangenheit ständig erweitert wurden, sind die zusätzlichen Kapazitäten heute nahezu ausgeschöpft. Um die prognostizierten Marktpotentiale für den Standort Hamburg zu erschließen und der Gefahr einer Stagnation durch eine unzureichende Entwicklung der Infrastruktur zu begegnen, hat die Hamburgische Bürgerschaft am 10. März 2005 das Hafen-Sonderinvestitionsprogramm (Drs. 18/1681) mit einem Gesamtvolumen einschließlich der in der mittelfristigen Finanzplanung bereits eingestellten Investitionsmittel in Höhe von 746 Mio. Euro bis zum Jahr 2009 beschlossen.

Das Hafen-Sonderinvestitionsprogramm stellt den Auftakt des systematischen und umfassenden Ausbaus der Hafeninfrastruktur dar. Es beinhaltet neben dem Ausbau der Containerumschlagskapazitäten an den bestehenden Terminals sowie die Vorbereitung eines Ausbaus weiterer Kapazitäten durch große Umstrukturierungen im westlichen und mittleren Hafen auch die Bereitstellung von Ansiedlungsflächen für logistische Dienstleistungen.

Von besonderer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Hafens sind die so genannten Hinterlandverkehre, also der Weitertransport von Gütern per Eisenbahn, Binnenschiff und Lastkraftwagen. Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Hinterlandverkehre ist eine optimale Verkehrsinfrastruktur. Die Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die rasante Entwicklung des Güterumschlages im Hafen stellt aufgrund der langwierigen Planungs- und Bauzeiten eine besondere Schwierigkeit dar.

Bereits heute kommt es vielerorts insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten in den Morgen- und Abendstunden zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Ein Nadelöhr ist beispielsweise die Köhlbrandbrücke, die heute pro Werktag von bis zu 34 000 Fahrzeugen, darunter 12 000 LKWs befahren wird. Alleine auf der Köhlbrandbrücke wird sich das LKW-Verkehrsaufkommen aufgrund des enormen Wachstums im Containerumschlag voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren auf rund 25 000 LKW pro Tag verdoppeln. Eine Entlastung wird erst in Folge der Fertigstellung der Hafenquerspange eintreten, die derzeit für das Jahr 2015 geplant ist.

Entscheidend ist daher, dass die vorhandene Infrastruktur so effizient wie möglich genutzt wird, um insbesondere auch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in den angrenzenden Stadtteilen zu entlasten. So würde alleine die Öffnung des Hafens über 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche und die bessere Koordinierung von Terminals, Depots, Speditionen sowie Abfertigungs- und Kontrollstellen dazu führen, dass das Verkehrsaufkommen sich von den Spitzenzeiten gleichmäßiger auf den Tag verteilt und damit die Infrastruktur entlastet wird.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

Auf Basis einer Simulationsrechnung bestehende und zukünftige Engpässe für eine marktgerechte Abwicklung der steigenden Hinterlandverkehre zu analysieren und Vorschläge für infrastrukturelle, organisatorische und verkehrliche Verbesserungen zu entwickeln.

Dazu gehört insbesondere auch:

1. gemeinsam mit der Hafenwirtschaft, den Kammern und Verbänden eine Initiative zu entwickeln, die, soweit dies wirtschaftlich vertretbar ist, im Ergebnis zu einer Öffnung des Hafens über 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche führt, um die vorhandene Infrastruktur optimal nutzen zu können,
2. die Öffnungszeiten der im Zuständigkeitsbereich der Freien und Hansestadt liegenden Abfertigungs- und Kontrollstellen, soweit dies wirtschaftlich vertretbar ist, einem 24-Stunden-Betrieb anzupassen und, sofern notwendig, die Kapazitäten zu erweitern,
3. sich gegenüber der Bundesregierung einzusetzen, dass die Zolldienststellen, soweit dies wirtschaftlich vertretbar ist, ebenfalls ihre Öffnungszeiten einem 24-Stunden-Betrieb anpassen und, sofern notwendig, deren Kapazitäten zu erweitern,
4. die Bürgerschaft über die Ergebnisse seiner Bemühungen im Rahmen des ersten Fortschrittsberichts zur Logistikinitiative Hamburg im vierten Kalendervierteljahr 2006 zu unterrichten.